

Beschlussvorlage	Vorlage Nr.: 296/2014			
Schüler in die Kommunalpolitik; hier: Antrag der JU vom 21.10.2014				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungsart	Zuständigkeit	TOP-Nr.
Ausschuss für Bildung, Familie, Jugend und Sport	18.11.2014	öffentlich	Vorberatung	
Samtgemeindeausschuss	04.12.2014	nicht öffentlich	Vorberatung	
Samtgemeinderat	18.12.2014	öffentlich	Entscheidung	

Beschlussvorschlag:

Der Antrag zur Einrichtung eines Projektes „Schüler in die Kommunalpolitik“ wird grundsätzlich begrüßt. Da ein derartiges Projekt eine engere Kooperation mit den Schulen erforderlich macht, ist vor einer abschließenden Beschlussfassung das Gespräch mit den Oberschulen, dem Gymnasium Bersenbrück und der BBS zu suchen und das Interesse zu erfragen. Sollte ein Interesse vorhanden sein, wird die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Konzeptes in Zusammenarbeit mit den Schulen beauftragt. Das Konzept ist dann wieder zur Entscheidung dem Samtgemeinderat vorzulegen.

1. Finanzielle Auswirkungen

- Ja
 Nein

I. Gesamtkosten der Maßnahme: offen

II. davon für den laufenden Haushalt vorgesehen: 0 €

Betroffener Haushaltsbereich

- Ergebnishaushalt** **Finanzhaushalt/Investitionsprogramm**

Produktnummer/Projektnummer

Bezeichnung:

- Die erforderlichen Mittel stehen im lfd. Haushaltsjahr zur Verfügung.
 Den erforderlichen Mitteln stehen Einzahlungen/Erlöse zur Deckung gegenüber in Höhe von €
 Die erforderlichen Mittel stehen im lfd. Haushaltsjahr **nicht** zur Verfügung und müssen außer-/überplanmäßig bereitgestellt werden (Ausführungen zur Deckung sind der Begründung zu entnehmen).

III. Auswirkungen auf die mittelfristige Finanzplanung:

- Der Betrag ist jährlich wiederkehrend einzuplanen.
- Die Gesamtkosten von € beziehen sich auf die Jahre
- Es entstehen jährliche Folgekosten in Höhe von €
- Durch die Maßnahme werden jährliche Erträge erwartet in Höhe von €.

2. Beteiligte Stellen:

Erster Samtgemeinderat

Samtgemeindebürgermeister

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/n Ziel/e

Sachverhalt:

Am 21.10.2014 wurde von der Jungen Union Samtgemeinde Bersenbrück eine Eingabe gemäß § 34 NKomVG an den Samtgemeindebürgermeister über die Einbindung von Schülern in die Kommunalpolitik gemacht. Darin schlägt die Junge Union die Einführung eines Programmes vor, über das Jugendlichen die Möglichkeit gegeben wird, über bestimmte Zeit die Politik vor Ort zu begleiten, um auf diesem Wege die Identifikation und das Interesse von jungen Menschen für die Kommunalpolitik zu stärken. In der Eingabe wird weiter darauf hingewiesen, dass die Stadt Bramsche das Projekt „Schüler in die Kommunalpolitik“ und die Stadt Osnabrück das Projekt KidS „Kommunalpolitik in den Schulen“ bereits seit Jahren anbieten und diese Grundlage für eine Beteiligung von Schülern an der Kommunalpolitik in der Samtgemeinde Bersenbrück sein könnten.

Die Eingabe ist der Vorlage als Anlage beigefügt.

Daraufhin setzte sich die Verwaltung mit Frau Wagner von der Stadt Bramsche und Frau Rolfes von der Stadt Osnabrück in Verbindung, um die Details der jeweiligen Projekte in Erfahrung zu bringen und in wie weit diese für die Samtgemeinde Bersenbrück praktikabel sind.

Das Projekt „Schüler in die Kommunalpolitik“ der Stadt Bramsche erfolgt als Arbeitsgemeinschaft (AG) in Kooperation mit den Schulen der Stadt. Dabei wird die AG für die Schüler in den 9. und 10. Klasse der Schulen angeboten (beim Gymnasium auch höhere Klassen). Diese AG ist dabei auf ein Schulhalbjahr befristet. Sie findet durchschnittlich in einem Schulhalbjahr zehn bis zwölf Mal statt, wobei zwei Termine in Absprache mit den Schülern als Schülerratssitzungen organisiert werden. Dabei verwies man auf eine enge Kooperation mit den Schulen, speziell mit dem Gymnasium in Bramsche. Für die AG wird in jeder Schule eine Lehrkraft als Ansprechpartner mit einbezogen.

Die AG läuft so ab, dass die Schüler einmal pro Woche in das Rathaus der Stadt Bramsche kommen und dort vonseiten der Verwaltung, teilweise auch in Kooperation mit einem Ratsmitglied, die Grundlagen der Kommunalpolitik erklärt bekommen (Was ist ein Ausschuss? Wie läuft eine Ratssitzung ab? etc.). Dabei werden vonseiten der Stadt Bramsche in Kooperation mit den Schulen mittlerweile zwei Alternativen angeboten. Die AG kann dabei zum einen nur als AG per se genutzt werden, d.h. dass der Schüler nur an den Theorieteilen im Rathaus teilnimmt. Die zweite Variante besteht darin, dass der Schüler zusätzlich zur Theorie ein Ratsmitglied zur Seite gestellt bekommt, das den Schüler unter seine Fittiche nimmt. Der Schüler kann

dabei dem Ratsmitglied Fragen stellen und dieses zu den verschiedenen Sitzungen begleiten (Fraktionssitzung, Ausschusssitzung, Ratssitzung, Ortsratssitzung). Weiterhin wird in Bramsche durch die AG eine Art Schülerrat gebildet, der ein Budget von der Stadt zur Verfügung gestellt bekommt (in Bramsche ca. 800€), über das sie selbst verfügen dürfen. So wird den Schülern persönlich die Arbeit eines Gremiums in der Praxis aufgezeigt. Auf speziellem Wunsch können die Vorschläge des Schülerrates in die Ausschüsse und in den Stadtrat weitergeleitet und zur Diskussion freigegeben werden.

Als Abschluss der Arbeitsgemeinschaft wird vonseiten der Verwaltung der Stadt Bramsche eine Fahrt zum Landtag organisiert, in der die Schüler dann auch noch einen Einblick in die Funktionsweise und die Aufgaben der Landesregierung bekommen.

Laut der Stadt Bramsche nehmen pro AG stets um die 40-70 Schüler an dem Projekt teil. Weiterhin ist festzuhalten, dass bei einem solchen Projekt vonseiten der Stadt bzw. der Samtgemeinde Mittel zur Verfügung gestellt werden müssten. Ebenso geht ein solches Projekt mit einem gewissen Verwaltungsaufwand einher.

Das Projekt KidS „Kommunalpolitik in die Schulen“ der Stadt Osnabrück, das seit 2001 jährlich zwei Mal durchgeführt wird, ist hingegen anders aufgebaut. Das Projekt findet grundsätzlich auch in Kooperation mit den Schulen der Stadt Osnabrück statt, allerdings ohne eine Arbeitsgemeinschaft in der Schule selber. Das Projekt ist auf vier bis sechs Wochen begrenzt und findet in der Freizeit der Jugendlichen statt. Es wird ebenfalls für Schüler der Jahrgänge 9 und 10 angeboten. Die Schulen werden dabei von der Verwaltung der Stadt Osnabrück angeschrieben und geben die Zahl der angemeldeten Schüler (ohne Namen) an die Verwaltung zurück. Diese nimmt daraufhin eine Aufteilung der Teilnehmer nach den Fraktionen vor. In einer Einführungsveranstaltung werden die Schüler im Rathaus durch die Stadt begrüßt, ihnen werden die Grundlagen der Kommunalpolitik erklärt und werden daraufhin den Fraktionen zugeteilt. Die Schüler werden dann in den jeweiligen Fraktionen während des Projektes betreut. Die Schüler unterzeichnen dabei zur Abschreckung eine Art Verschwiegenheitserklärung, die allerdings keine Rechtsverbindlichkeit besitzt.

Die Schüler nehmen nun an den verschiedenen Sitzungen der Fraktionen, Ausschüsse und Räte teil. Sie sind aber nicht bei den persönlichen Entscheidungen wie etwa Personal- oder Bauangelegenheiten dabei, sondern nur bei den allgemein öffentlichen Tagesordnungspunkten. Bei Interesse und zeitlicher Integrität findet während des Projekts eine Tagesveranstaltung statt. Während dieser sind die Schüler vom Unterricht befreit (in Absprache mit der jeweiligen Schule). In einer solchen Veranstaltung werden dann fingierte Haushaltsberatungen oder Vergleichbares durchgeführt, damit die Schüler solche politischen Entscheidungen selbst einmal durchführen dürfen.

Anders als bei der Stadt Bramsche wird beim KidS-Projekt kein Schülerrat gegründet. Ebenso wenig wird vonseiten der Stadt ein Budget zur Verfügung gestellt. Es können von den Schülern also keine Vorschläge in den Stadtrat eingebracht werden. Hierzu muss allerdings gesagt werden, dass die Stadt Osnabrück dafür ein Jugendparlament besitzt.

Hat ein Schüler an mindestens der Hälfte der Sitzungen teilgenommen, erhalten sie von der Verwaltung eine Teilnahmebestätigung.

Der Vorteil eines solchen Projektes ist, dass es für die Verwaltung nur mit einem geringen Organisationsaufwand verbunden und kostenfrei ist. Ebenso ist der zeitliche Rahmen des Projektes deutlich kürzer, sodass Schüler eher das komplette Projekt durchziehen als bei einem Aufwand von einem halben Jahr. Die Resonanz

der Schüler auf das KidS-Projekt kann dabei nach Aussage der Stadt Osnabrück als durchaus positiv angesehen werden. Das Projekt KidS „Kommunalpolitik in die Schulen“ ist dabei auf 50 Teilnehmer begrenzt, da der Rat der Stadt nur 50 Mitglieder hat. Die Teilnahme des einen oder anderen Schülers über die 50 hinaus kann im Einzelfall in Absprache mit den Fraktionen gewährt werden.

Die Stadt Osnabrück berichtet weiter, dass die Jugendlichen durch das Projekt zu Hause etwas zu erzählen hätten, dass auf diesem Wege unweigerlich auch zu den Eltern, Geschwistern oder anderen Angehörigen und Freunden gelangt, was einer Politikverdrossenheit weiter entgegen wirken würde.

In der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Familie, Jugend und Sport am 22. Februar 2011 ist bereits über die Bildung eines Jugendparlaments in der Samtgemeinde Bersenbrück beraten worden.

Der Samtgemeindeausschuss hat sich in einer Sitzung am 07. März 2011 bzw. der Samtgemeinderat hat sich am 30. März 2011 mit dem Thema befasst.

In der Besprechung der Schulleiter/innen am 27. September 2011 war die Bildung eines Jugendparlaments auch Beratungsgegenstand. Wegen der Bedenken der Schulleiter/innen wurde dann das Thema nicht mehr verfolgt.

Der Jugendpfleger der Samtgemeinde, Herr Bienk, hat einen Entwurf für die Arbeit eines Jugendparlaments in der Samtgemeinde erstellt, welcher der Vorlage als Anlage beigefügt ist.

Zur Sitzung werden die Mitglieder der Jungen Union eingeladen, um ihren Antrag näher zu begründen.

gez. Dr. Horst Baier
(Samtgemeindebürgermeister)

gez. Heinz Klövekorn
(Fachdienstleiter)